



Statt Subventionsabbau neue Hilfen für die Landwirtschaft	297
Zur Lage der sowjetischen Wirtschaft 1983/1984 ..	303

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/84

Berlin

21. Juni 1984

51. Jahrgang

Statt Subventionsabbau neue Hilfen für die Landwirtschaft

Im Frühjahr 1984 hat der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Rahmen der agrarpolitischen „Reform“-Maßnahmen auch den Abbau des Währungsausgleichs beschlossen. Dieser hätte für die deutschen Landwirte erhebliche Einkommenseinbußen zur Folge, die der Bundesregierung nicht als zumutbar erschienen. Deshalb plant sie zum Ausgleich der Einkommensverluste — mit Billigung der Europäischen Gemeinschaft — die Ausweitung der Mehrwertsteuervergünstigungen für Landwirte. Tatsächlich läuft diese Hilfe in der nun geplanten Form und dem Ausmaß nach auf eine Überkompensation der Verluste hinaus und erscheint nicht zuletzt unter dem Aspekt der innerlandwirtschaftlichen Einkommensverteilung als äußerst fragwürdig.

Seit langem erhalten aufwertende Länder einen positiven, abwertende dagegen einen negativen Währungsausgleich auf den Erzeugerpreis von bestimmten Marktordnungsprodukten. Im ersten Fall sollte die sonst eintretende Senkung der Erzeugerpreise in nationaler Währung vermieden werden, um die Einkommen der Landwirte nicht zu vermindern, im anderen Falle ist den Landwirten aus Stabilitätsgründen eine wechselkursbedingte Steigerung der Erzeugerpreise von ihren Regierungen nicht zugestanden worden. Der positive Währungsausgleich hat in der Gemeinschaft wiederholt Anlaß zu Streit gegeben, weil die Abwertungsländer darin eine unzulässige Begünstigung der Landwirtschaft der währungsstarken Länder im Preiswettbewerb sahen. Auf französischen Druck einigte man sich im Jahr 1979 — anläßlich der Einführung des Europäischen Währungssystems — darauf, daß zur Wiederherstellung der Preiseinheit auf den Agrarmärkten bestehende Währungsausgleichsbeträge abgebaut und die Schaffung neuer, dauerhafter Währungsausgleichsbeträge verhindert werden solle. Dies hätte, wie in einem „Gentlemen's Agreement“ vorgesehen, im Rahmen der jährlichen Agrarrunden zu geschehen. Dabei sollten nominale Preissenkungen für Marktordnungsprodukte vermieden und die Einkommenslage in der Landwirtschaft bei der Bemessung des Abbaus besonders berücksichtigt wer-

den. Insbesondere Länder mit positivem Währungsausgleich haben sich zu einem tatsächlichen Abbau nur schwer durchringen können. So widersetzte sich die Bundesregierung im vergangenen Frühjahr bis an den Rand des Scheiterns der agrarpolitischen Verhandlungen einem Abbau des Währungsausgleichs. Er käme für sie nur dann in Frage, wenn die dadurch verursachten Einkommenseinbußen auf andere Weise kompensiert würden. Die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung führte schließlich zu einem Kompromiß: Der stufenweise Abbau des Währungsausgleichs in der Bundesrepublik wird durch eine teils gemeinschaftlich, überwiegend aber aus dem Bundeshaushalt zu finanzierende steuerliche Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe flankiert.

Der im Wirtschaftsjahr 1983/84 bestehende positive Währungsausgleich der Bundesrepublik in Höhe von 9,8 vH wird nach dem Kompromiß vom Frühjahr 1984 in drei Stufen abgebaut.

— Die erste Stufe setzt mit dem Wirtschaftsjahr 1984/85 (das je nach Erzeugnis unterschiedlich beginnt) ein und beträgt 3 vH-Punkte. Da gleichzeitig die D-Mark anstelle der ECU zur Referenzwährung für die Berechnung des Währungsausgleichs erhoben worden ist, führt der Abbau des Währungsausgleichs für diesen Teil zu keinen Einkommenseinbußen bei den deutschen Landwirten.

- In der zweiten Stufe werden zum 1. Januar 1985 die positiven Währungsausgleichsbeträge der Bundesrepublik um 5 vH-Punkte verringert. Dieser Abbau führt bei den Marktordnungserzeugnissen, für die ein Währungsausgleich gewährt wird, zu Preissenkungen (in D-Mark) etwa in Höhe der Abbaurate. Die hieraus resultierenden Einkommensverluste können von der Bundesrepublik durch eine besondere Beihilfe ausgeglichen werden. Die Bundesregierung plant hierfür eine Vergünstigung bei der Mehrwertsteuer. Danach erhalten alle Landwirte einen umsatzsteuerlichen Kürzungsanspruch in Höhe von 3 vH sowohl der Lieferungen als auch des Eigenverbrauchs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Der Beihilfesatz liegt unter der Rate des Abbaus des Währungsausgleichs (5 vH-Punkte), weil der Währungsausgleich nur sogenannte Interventionsprodukte betrifft, die Beihilfe aber auf alle Erzeugnisse gewährt wird. Nach Berechnungen der Bundesregierung entspricht die 3 vH-Beihilferegelung im sektoralen Durchschnitt einem Währungsausgleich in Höhe von 5 vH.
- Schließlich soll in der dritten Stufe der noch verbleibende Währungsausgleich (1,8 vH) spätestens mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1987/88 über Preisanhebungen, also ohne absolute Einkommenseinbußen, abgebaut werden.

Es besteht weitgehendes Einverständnis darüber, daß der westdeutschen Landwirtschaft ein Einkommenseinbruch, der mit einer abrupten Preissenkung für Interventionsprodukte infolge des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge verbunden wäre, nicht zugemutet werden kann. Dies gilt um so mehr, da die deutschen Bauern im EG-Vergleich bei der Einkommensentwicklung am unteren Ende der Rangfolge stehen¹.

Die Bundesregierung sieht im Mehrwertsteuerausgleich als Kompensationsinstrument offenbar Vorteile, weil diese Regelung

- unkompliziert durchzuführen ist,
- den Verlustausgleich dynamisiert,
- die preis- und einkommenstützende Wirkung des Währungsausgleichs praktisch auf Jahre hinaus zementiert, ohne daß bei den jährlichen Agrarpreisverhandlungen das sog. „Gentlemen's Agreement“ herangezogen werden muß,
- haushaltstechnisch als „Steuerausfall“ weniger auffällig ist als eine Direktzahlung.

Insgesamt bleibt aber zu fragen, ob Art und Umfang der ins Auge gefaßten Maßnahmen tatsächlich angemessen sind. Schon bei Inkrafttreten der Regelung zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin wird der Etat der Bundesrepublik erheblich belastet; es hätte sich für 1985 eine Anfangsbelastung von 1,6 Mrd. DM ergeben, die in den Folgejahren weiter erheblich steigen

soll. Die letzten Beschlüsse der Koalition sehen ein früheres Inkrafttreten vor, so daß sich noch im Jahr 1984 Etatbelastungen ergeben würden. An der Finanzierung wird sich die Gemeinschaft — auf der Grundlage der Vereinbarungen vom 30.3.1984 — nur mit 270 Mill. DM im Jahr 1985 und mit rund 220 Mill. DM im Jahr 1986 beteiligen.

Budgetäre und agrarpolitische Problematik

Obwohl durch den Abbau des Währungsausgleichs nur bestimmte Produkte und damit nicht alle Betriebe im gleichen Maße betroffen sind, wird der steuerliche Ausgleich auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse gewährt. Eine Regelung, die zu Einkommensverzerrungen zwischen verschiedenen Betriebsgrößen und Betriebsformen führen muß.

Hier ist versucht worden, anhand der Buchführungsergebnisse des Agrarberichts 1984 die Auswirkungen der Mehrwertsteuervergünstigung auf den Gewinn der landwirtschaftlichen Unternehmen zu quantifizieren. Dafür sind beim Unternehmensertrag die durch den Abbau des Währungsausgleichs um 5 vH bedingten Erzeugerpreissenkungen bei den betroffenen Produkten in Ansatz gebracht worden. Die Erzeugerpreissenkung wirkt sich aber auch in einer Reduzierung des Preises für bestimmte Vorleistungen, wie Futtermittel und Viehzukauf, aus. Auch dies wurde in der Rechnung berücksichtigt. Die kompensatorische Auswirkung der Mehrwertsteuerregelung ist in zwei Varianten geschätzt worden: eine Anhebung des Kürzungsanspruchs bei der Mehrwertsteuer auf landwirtschaftliche Erzeugnisse um 3 bzw. 5 vH-Punkte.

Die Berechnungen zeigen, daß die Einkommensverluste in den Haupterwerbsbetrieben mit der 3 vH-Regelung gut abgedeckt werden können. Gliedert man die Vollerwerbsbetriebe nach ihrer wirtschaftlichen Größe², so ist eine leichte Begünstigung der größeren gegenüber den kleineren Betrieben festzustellen. Die betriebsgrößenspezifische Differenzierung der Gewinne infolge der Ausgleichsregelung fällt bei dieser Berechnungsgrundlage weniger gravierend aus, als — bezogen auf die landwirtschaftliche Fläche der Betriebe — weithin angenommen. Dagegen bewirkt diese Regelung eine scharfe Differenzierung nach Betriebsformen.

¹ Vgl. Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft? Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1984.

² Gliederungskriterium ist hier nicht die landwirtschaftliche Nutzfläche, sondern das Standardbetriebseinkommen. Dies ist ein unter Verwendung statistischer Quellen berechnetes Einkommen zur Kennzeichnung der *wirtschaftlichen* Größe der Betriebe. Es entspricht vom Konzept her etwa der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten und eignet sich aufgrund der teilweisen Loslösung der tierischen Produktion von der Nutzfläche besser zur Analyse der Einkommenslage, als die Gliederung nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Finanzielle Auswirkungen alternativer Anhebungsraten der Mehrwertsteuerpauschale für die Landwirtschaft auf den Staatshaushalt

Massnahmen	Steuermindereinnahmen 1) in Mill. DM								
	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1984 bis 1991
Anhebung des Durchschnittssatzes von 8 vH auf 11 vH bei pauschalierenden Landwirten und Gewährung eines Kürzungsanspruchs für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Höhe von 3 vH der Bemessungsgrundlage für bestimmte Umsätze (§§ 24 und 24a UStG).....	1 000 ³⁾	1 600	1 800	2 000	2 200	2 400	2 600	2 800	16 400
Anhebung des Durchschnittssatzes von 8 vH auf 13 vH 2) bei pauschalierenden Landwirten und Gewährung eines Kürzungsanspruchs für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Höhe von 5 vH 2) der Bemessungsgrundlage für bestimmte Umsätze (§§ 24 und 24a UStG).....	1 850 ⁴⁾	2 700	3 000	3 300	3 600	2 400	2 600	2 800	22 250

1) Kassenmaessige Auswirkungen der Rechtsaenderungen. —
 2) Nach den Vorstellungen der Regierungskoalition soll diese Regelung bis einschliesslich 1988 gelten, danach soll zunaechst bis 1991 eine dreiprozentige Anhebung der Mehrwertsteuer gelten. —
 3) Ab 1. September 1984 sich ergebende Steuermindereinnahmen. —
 4) Ab 1. Juli 1984 sich ergebende Steuermindereinnahmen.

Quellen: Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Aenderung des Umsatzsteuergesetzes, Bundestagsdrucksache 10/1483 vom 23. Mai 1984; Agra-Europe, Nr. 22 vom 28. Mai 1984, Laenderberichte, S. 44; Berechnungen des DIW.

Mit hohen Gewinnzunahmen zwischen 10 und 17 vH können die Veredelungsbetriebe mit Schweinemast und Geflügelhaltung rechnen. Sie sind einerseits am wenigsten vom Abbau des Währungsausgleichs betroffen, profitieren aber andererseits über die Verbilligung im Vorleistungsbereich. Es ist auch zu fragen, mit welcher Begründung Dauerkulturbetrieben — in erster Linie Obst-, Wein- und Hopfenerzeugern — zusätzliche Subventionen zugebilligt werden, obwohl sie von den Währungskorrekturen im Agrarbereich so gut wie nicht betroffen sind.

Futterbaubetriebe — zu ihnen zählt mehr als die Hälfte der rund 740 000 landwirtschaftlichen Betriebe — sind die Verlierer bei dem geplanten Verlustausgleich über die Mehrwertsteuer: Ihre preisbedingten Einkommensverluste werden nicht ausgeglichen; im Durchschnitt aller Futterbaubetriebe bleibt der Gewinn je Unternehmen auch nach dem Einkommensausgleich (in der 3 vH-Variante) noch um knapp 3 vH hinter dem Gewinn zurück, der sich bei Fortbestehen des Währungsausgleichs ergeben hätte. Dieser Verlust trifft Betriebe, die ohnehin das niedrigste Einkommensniveau je Familienarbeitskraft aufweisen. Dies zeigt, wie betriebswirtschaftlich unausgewogen der Einkommensausgleich über die vorgesehene Mehrwertsteuervergünstigung ist, zu der es nach Auffassung der Bundesregierung „keine Alternative“³ gibt. Angemessener wäre eine Regelung gewesen, nach der Verluste gezielt und direkt mit Hilfe von Transferzahlungen ausgeglichen und damit die sozialpolitische Verantwortung gegenüber einkommensschwachen Familienbetrieben — vor allem in den Futterbau- und Grünlandregionen — wahrgenommen worden wären.

Obwohl der Verlustausgleich in dem von der EG mitgetragenen Umfang angemessen erscheint, plant

die Bundesregierung, dem Druck der landwirtschaftlichen Interessenvertreter nachgebend, die Ausgleichszahlungen kräftig auszuweiten:

- Die Mehrwertsteuerregelung soll nicht nur bis zum Jahr 1988, sondern bis zum 31.12.1991 gelten.
- Ihr Beginn soll vom 1. Januar 1985 auf den 1. September 1984 (nach Empfehlung des Bundesrats auf den 1. Juli 1984) vorverlegt werden und
- der Begünstigungssatz bei der Mehrwertsteuer soll nicht 3, sondern 5 vH-Punkte betragen.

Dieses Vorhaben stößt auf den scharfen Widerstand der EG-Partnerstaaten und der EG-Kommission. Die Bundesregierung würde mit einem derartigen einseitigen Vorgehen gegen die 6. Mehrwertsteuererrichtlinie verstoßen, wonach nationale Änderungen im Mehrwertsteuerrecht nur nach Billigung durch die Gemeinschaft durchgeführt werden können. Sie ist für die geplante Expansion des Ausgleichs kaum zu erwarten.

Das Vorhaben der Bundesregierung widerspricht außerdem dem Grundsatz sparsamer Haushaltsführung und vor allem dem Ziel einer Kürzung der Subventionen, das sie sich selbst gesteckt hat: Kumuliert über die Jahre bis 1991 ergibt sich schon für die 3-Prozent-Regelung eine Haushaltsbelastung von über 16 Mrd. DM; bei 5 vH wären es sogar 22 Mrd. DM. Außerdem wird die auf Abbau der Überschüsse zielende restriktive Preispolitik der Gemeinschaft konterkariert, da die Höhe dieser Subventionen einzel- wie gesamtwirtschaftlich von der Absatzmenge der begünstigten Produkte abhängt.

³ Vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, Bundestagsdrucksache 10/1483 vom 23.5.1984, S. 1.

Saldo der Wirkung von Währungsausgleichabbau und Anhebung der Mehrwertsteuerpauschale je landwirtschaftliches Unternehmen in verschiedenen Betriebsformen und -größen
in vH des Gewinns

	Anhebungsrate der Mehrwertsteuerpauschale 1)	Haupterwerbsbetriebe					Haupterwerbsbetriebe insges.
		Zuerwerbsbetriebe	Größenklassen der Vollerwerbsbetriebe in 1.000 DM StBE 2)				
			unter 30	30-50	über 50	zusammen	
Betriebsformen insgesamt	3 vH	0.90	-0.30	-0.10	1.30	0.60	0.60
	5 vH	10.70	6.70	7.40	10.40	8.80	9.00
Marktfrucht - Betriebe	3 vH	2.50	2.90	1.10	0.20	0.70	0.90
	5 vH	16.90	12.70	9.50	8.80	9.40	9.90
Futterbau - Betriebe	3 vH	-3.70	-2.60	-2.50	-2.88	-2.70	-2.70
	5 vH	5.00	3.80	4.50	6.00	5.00	5.10
Veredlungs - Betriebe	3 vH	17.60	11.90	10.70	15.50	14.00	14.20
	5 vH	31.70	22.30	20.80	28.30	26.00	26.40
Dauerkultur - Betriebe	3 vH	7.20	6.00	6.70	7.10	7.10	7.10
	5 vH	12.90	10.60	11.80	12.90	12.30	12.40
Gemischt - Betriebe	3 vH	5.20	2.10	3.50	6.90	5.00	5.10
	5 vH	16.50	10.60	12.30	18.50	15.20	15.40

- 1) Anhebung des Durchschnittsatzes von 8 vH auf 11 bzw. 13 vH bei pauschalierenden Landwirten und Gewährung eines Kürzungsanspruchs für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Höhe von 3 vH bzw. 5 vH der Bemessungsgrundlage für bestimmte Umsätze (§§ 24 und 24a UStG).
- 2) StBE = Standard-Betriebseinkommen. Das StBE ist ein unter Verwendung statistischer Quellen berechnetes Einkommen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Größe der Betriebe. Es entspricht vom Konzept her etwa der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten und eignet sich aufgrund der teilweisen Loslösung der tierischen Produktion von der Nutzfläche besser zur Analyse der Einkommenslage als die Gliederung nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Quellen: Agrarbericht 1984 ; Berechnungen des DIW.

Dabei sind die aus der Mehrwertsteuerregelung resultierenden Subventionen nicht die einzigen Mittel, die der Landwirtschaft zusätzlich zufließen sollen. So wird z.B. der Zuschuß des Bundes zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung von sofort an bis zunächst 1988 auf jährlich 400 Millionen DM aufgestockt; in der ursprünglichen Finanzplanung war vorgesehen, diesen Zuschuß bis 1987 von gegenwärtig 280 Mill. DM schrittweise völlig abzubauen.

Auch im Hinblick auf die innerlandwirtschaftliche Einkommensdisparität nach Betriebsformen wären die Auswirkungen eines 5-prozentigen Kürzungsanspruchs bei der Mehrwertsteuer noch weniger akzeptabel. Wie die Berechnungen zeigen, stünde — bei einem Durchschnitt von 9 vH — einer Gewinnzunahme von 26 vH bei den Veredelungsbetrieben eine Zunahme von 5 vH bei Futterbaubetrieben gegenüber.

Fragwürdige Obergrenzen

Einwänden, die Ausgleichsleistungen würden besonders die Betriebe mit hohem Viehbestand begünstigen, soll dadurch begegnet werden, daß Betriebe,

die eine Obergrenze von 300 Vieheinheiten überschreiten, die Ausgleichsregelung nicht erhalten. Allerdings überschreiten nur 500 Betriebe — das sind 0,7 vH aller Haupterwerbsbetriebe — diese Schwelle. Die Obergrenze von 300 Vieheinheiten ist damit keineswegs geeignet, die Einwände gegen die einkommensdifferenzierende Wirkung des Mehrwertsteuer ausgleichs zu entkräften. Beispielsweise entspricht dieser Obergrenze ein Milchviehbetrieb von 150 bis 180 Kühen einschließlich der Nachzucht an Kälbern und Jungvieh oder ein Betrieb mit rund 180 000 Jungmasthühnern bzw. knapp 1 900 Schweinemastplätzen — landwirtschaftliche Unternehmen also, die durchaus als Großbetriebe einzustufen sind⁴. Nach den

⁴ Zu Formen und Entwicklungen großer Viehhaltungen in der Bundesrepublik vgl.: Bestandsgrößenprobleme. Das Bestandsgrößenwachstum in der Tierhaltung und staatliche Maßnahmen zu seiner Beeinflussung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Reihe A: Angewandte Wissenschaft. Heft 286. Münster-Hiltrup 1983.

Zahl der Tiere, die einer Obergrenze von 300 Vieheinheiten (VE) entsprechen

Tierart	Vieh-einheiten-schlüssel	Zahl der Tiere bei		
		einer VE	300 VE	Anwendung des Korrekturfaktors 1)
Kaebler und Jungvieh unter einem Jahr	0,30	3,33	1 000	.
Jungvieh 1 - 2 Jahre	0,70	1,43	429	.
Kuue, Masttiere, maennl. Rindvieh 2 Jahre u.aelter	1,00	1,00	300	.
Schafe unter einem Jahr	0,05	20,00	6 000	.
Schafe ein Jahr u.aelter	0,10	10,00	3 000	.
Ferkel	0,02	50,00	15 000	22 500 ²⁾
Zuchtschweine	0,33	3,03	909	1 364 ²⁾
Mastschweine	0,16	6,25	1 875	2 812 ²⁾
Legehennen	0,014	71,43	21 429	53 573 ³⁾
Jungmasthuetner	0,0017	588,23	176 470	441 176 ³⁾
Mastputen	0,0067	149,25	44 776	111 940 ³⁾

1) Der Korrekturfaktor dient der Umgehung der Obergrenze in der Schweine- und Gefluuehaltung. - 2) Korrekturfaktor 1,5. - 3) Korrekturfaktor 2,5.
 Quellen: Statistisches Jahrbuch ueber Ernaehrung, Landwirtschaft und Forsten, Munster Hiltrup, 1983; Agra-Europe Nr. 23 vom 4. Juni 1984, Laenderberichte, S. 25, Anlage 1 zu § 51 (4) Bewertungsgesetz; Berechnungen des DiW.

rekturfaktor von 2,5 in der Gefluuehaltung waeren selbst Betriebe mit 440 000 Jungmasthuetnern noch foerderungswuerdig, in der Schweinemast wuerden — Korrekturfaktor 1,5 — erst knapp 3 000 Tiere die Obergrenze darstellen.

Es ist nicht auszuschließen, daß bisher als gewerblich eingestufte Groettierhaltungen dank dieser willkuerlichen Veraenderungen am Vieheinheitenschlüssel in den Kreis der foerderungswuerdigen „buerlichen Tierhaltung“ zurueckkehren. Eine Beguenstigung der Massentierhaltung ist weder einkommenspolitisch noch aus Gruenden der Umweltbelastung vertretbar: Hochintensive Schweinemast- und Gefluuezuchtbetriebe sind die staerksten Umweltbelasten unter den landwirtschaftlichen Produktionsformen. Die Argumentation, mit der Einfuehrung einer Obergrenze wolle man die buerlichen Familienbetriebe gegenueber der Massentierhaltung schuetzen, sollte nicht verfangen. Vielmehr werden hier die Klein- und Mittelbetriebe wiederum vorgeschoben, um die gefaehrdeten Interessen landwirtschaftlicher Groettbetriebe zu schuetzen.

Die Bundesregierung sieht vor, die Mehrwertsteuer zuerst bis zum Jahr 1991 als Ausgleichsinstrument einzusetzen. Damit wuerde das Prinzip verlassen, daß

Vorstellungen des Bauernverbands soll nun fuer die Veredelungszweige Schweinemast und Gefluuehaltung der Vieheinheitenschlüssel ueber einen „Korrekturfaktor“ noch so manipuliert werden, daß moeglichst viele Betriebe unter der Obergrenze bleiben. Bei einem auch von der Bundesregierung gebilligten Kor-

Direkt einkommenswirksamer Aufwertungsausgleich¹ aus Haushaltsmitteln und ueber die Mehrwertsteuer 1970 bis 1980
 in Millionen DM

Haushalts-Jahr	Ausgleich aus dem Bundeshaushalt 2)					Mehrwert-steuer-ausgleich 3)	insgesamt gewaehrter Aufwertungs-ausgleich
	Titelansatz	IST	Verwendung d. IST-Betrages				
			Direktaus-gleich nach der Flaeche	Kapital-abfin-dungen			
1970	920.00	920.67	911.76	8.92	734.00	1654.67	
1971	920.00	934.74	920.67	14.07	811.00	1745.74	
1972	810.00	793.62	787.98	5.64	902.00	1695.62	
1973	590.00	590.97	590.97	-	954.00	1544.97	
1974	-	-	-	-	966.00	966.00	
1975	-	-	-	-	1244.00	1244.00	
1976	-	-	-	-	1131.00	1131.00	
1977	-	-	-	-	944.00	944.00	
1978	-	-	-	-	677.00	677.00	
1979	-	-	-	-	478.00	478.00	
1980	-	-	-	-	240.00	240.00	
insgesamt	3240.00	3240.00	3211.38	28.62	9081.00	12321.00	

- 1) Tatsaechliche Abwicklung des Aufwertungsausgleichs, der zuernaechst nur fuer 1970 bis 1973 beschlossen worden war. -
- 2) Nicht aufgefuehrt ist der nach § 1 des Durchfuuehrungsgesetzes zum Aufwertungsausgleichsgesetz zu gewaehrende Aufwertungsausgleich in Form von Struktur- oder Sozialmassnahmen (1972: 110 Millionen DM, davon 38 Millionen DM fuer die Alterssicherung, 72 Millionen DM fuer Krankenversicherung; 1973: 330 Millionen DM, davon 100 Millionen DM fuer Altershilfe, 20 Millionen DM fuer Landabgaberechte, 100 Millionen DM zur Abwicklung rechtlicher Verpflichtungen aus dem Einzelbetrieblichen Foerderungsprogramm). -
- 3) Der mehrwertsteuerliche Ausgleichsatz betrug von 1970 bis 1975 jeweils 3 vH der Verkaufserloese. Aufgrund des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 nahm der Ausgleichssatz um jaehrlich 0,5 Prozentpunkte ab, so dass die Massnahme zum 31. Dezember 1980 ausgelaufen ist.

Quelle: Agrarbericht 1981, Materialband Seite 131.

Währungsausgleichsbeträge in möglichst kurzer Zeit abgebaut werden müssen. Zudem möchte sich die Bundesregierung ein Instrument der nationalen Preis- und Einkommenspolitik sichern, das ihr relativ freie Hand in der Subventionierung des Agrarsektors gibt.

Die Langlebigkeit steuerlicher Ausgleichsinstrumente ist aus der Regelung des DM-Aufwertungsausgleichs von 1970 bekannt. Der Ausgleich eines Einkommensverlustes von jährlich 1,7 Mrd. DM sollte damals nach vier Jahren beendet werden. Tatsächlich haben die Landwirte nicht vier, sondern elf Jahre lang „Ausgleich“ erhalten. Die Gesamtsumme hatte sich schließlich auf rund 13 Mrd. DM kumuliert.

Fazit

Die Forderung der deutschen Landwirtschaft, daß so abrupte Preissenkungen, wie sie mit der 5-prozentigen Senkung des Währungsausgleichs für Marktordnungsprodukte verbunden sind, durch befristete Ausgleichsmaßnahmen abgefangen werden, ist durchaus berechtigt. Form und Ausmaß des geplanten Ausgleichs sind jedoch agrarpolitisch fragwürdig. Die Kompensation der Preissenkung über eine steuerliche Regelung begünstigt alle Betriebe, obwohl nur ein Teil von der Preissenkung betroffen wird. Auch ist wegen der viel zu langen Anpassungsperiode eine unerwünschte Gewöhnung zu befürchten.

Unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten ist nicht einzusehen, weshalb dem Sektor Landwirtschaft gerade jetzt eine Ausfallgarantie gewährt werden soll, wo andere Bevölkerungsgruppen erheblich zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte herangezogen werden. Dieses Vorgehen läßt jede Ausgewogenheit im Verhältnis zu anderen Feldern der Haushaltspolitik vermissen. Schließlich dürfte mit dem vorgesehenen Ausmaß des Ausgleichs, das partiell zu außerordentlich hohen Überkompensationen führt, nicht nur der Widerstand der EG-Partner wie der EG-Kommission hervorgerufen, sondern — wegen der Abhängigkeit vom Umsatz — auch ein neues Produktionsstimulans geschaffen werden, das die Bemühungen der EG um mehr Marktausgleich zunichte macht.

Mit einem System von direkten Einkommensausgleichszahlungen an die betroffenen Landwirte hätte die Bundesrepublik Deutschland die Chance wahrgenommen, eine an rationalen Überlegungen orientierte Agrarpolitik wenigstens in einem Teilbereich, dem Einkommensausgleich, zu praktizieren.

Wenn nunmehr trotz der erheblichen Einwände wiederum steuerliche Ausgleichsmaßnahmen beschlossen werden sollten, so müßte zumindest sichergestellt sein, daß sie definitiv befristet sind (was gegenwärtig nicht der Fall ist), daß die Verluste nicht überkompensiert werden und daß der Wille zum Abbau durch eine degressive Staffelung dokumentiert wird.

Zur Lage der sowjetischen Wirtschaft 1983/1984

Die Wachstumsschwäche, die für die sowjetische Wirtschaft Ende der siebziger Jahre kennzeichnend war, ist inzwischen offenbar überwunden; die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg 1983, ebenso wie im Vorjahr, um 3,5 bis 4 vH. Wie weit dieses positive Ergebnis auch von den Bemühungen Andropovs beeinflußt wurde, die Produktionsorganisation zu verbessern und die Arbeitsdisziplin zu erhöhen, läßt sich allerdings schwer beurteilen. Auch die neue politische Führung sieht „keinen Grund zur Selbstgefälligkeit“ und betont die Kontinuität der von Andropov begonnenen Wirtschaftspolitik: Bekämpfung von Disziplinlosigkeit, Mißwirtschaft, Korruption und Bummelantentum sowie Fortsetzung des Experiments zur Verbesserung des zentralen Lenkungsmechanismus. Die Parteikontrolle über die wichtigsten Wirtschaftsprozesse soll verschärft werden. Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage muß berücksichtigt werden, daß Umfang und Aussagekraft der veröffentlichten Wirtschaftsstatistik ein weiteres Mal eingeschränkt worden sind.

Das günstige Ergebnis für 1983 kam vor allem durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität — Produktion je Beschäftigten — zustande. Nach Angaben des sowjetischen Planungschefs, Bajbakov, konnte die Arbeitsproduktivität in allen Bereichen der Wirtschaft gesteigert werden (Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH):

	1981	1982	1983	1984 (Plan)
Wirtschaft insgesamt	2,6	3,2	3,5	3,5
darunter: Industrie	2,7	2,1	3,5	3,4
Landwirtschaft	-1,6	5,7	6,0	9,8
Bauwirtschaft	2,3	2,2	3,1	3,3
Eisenbahnverkehr	0,7	-1,5	3,9	.

Auch das diesjährige Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung soll fast ausschließlich durch die Zunahme der Produktivität erreicht werden.

Getragen wurde das Vorjahresergebnis in erster Linie vom erhöhten Kapitaleinsatz. Die Bruttoanlageinvestitionen (+ 5 vH) wurden — bei einem Rekord-Ausfuhrüberschuß und bei einem hohen Rüstungsaufwand¹ — zu Lasten des privaten Konsums überplanmäßig erweitert. In der Industrie wurden die Kapazitäten sogar um 8 vH erhöht. Der Zuwachs der Industrieproduktion (+ 4 vH) dürfte im wesentlichen darauf zurückgehen. Aus diesem Grund expandierte auch die Erdgasproduktion (+ 7 vH), auf die gegenwärtig bereits über 30 vH der inländischen Primärenergie-Erzeugung entfällt. Die Erdölgewinnung stagnierte nahezu (+ 0,5 vH), und die Kohleförderung ging ein weiteres Mal leicht zurück (- 0,3 vH), so daß die Erzeugung von Primärenergie nur um 2,5 vH (2 123 Mill. t SKE) zunahm. In der Agrarwirtschaft dürfte sich der Anlagenbestand um 10 vH erhöht haben. Die Produktionszunahme ist jedoch primär das Ergebnis einer besseren Getreideernte. Diese belief sich 1983 laut Tschernenko auf mehr als 190 Mill. t (1982: 185 Mill. t).

Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik für 1984 ist es, das Wachstumstempo der beiden letzten Jahre zu stabilisieren. 1984 hat für die sowjetische Wirt-

schaft noch eine besondere Bedeutung: Die diesjährigen Ergebnisse werden einen entscheidenden Einfluß auf die Ziele des 12. Fünfjahrplans 1986 bis 1990 haben, der im wesentlichen im Verlauf des nächsten Jahres ausgearbeitet werden muß.

Zur Sicherung des für 1984 geplanten Produktionswachstums sollen die Bruttoanlageinvestitionen (+ 4 vH) ein weiteres Mal schneller expandieren, als ursprünglich im 11. Fünfjahrplan vorgesehen war (+ 1,7 vH). Allerdings ist der Abstand zum geplanten Konsumwachstum (geschätzt: + 3 vH) nicht mehr so groß wie in den beiden Vorjahren.

Die forcierte Kapitalbildung kommt neben der — um drei Jahre verspäteten — Fertigstellung der Eisenbahnstrecke Baikal-Amur-Magistrale (BAM) vor allem dem sog. „Agrar-Industrie-Komplex“ (Landwirtschaft sowie allen ihr vor- und nachgelagerten Sektoren) und der Energiewirtschaft zugute, die ein Viertel bzw. mindestens ein Fünftel des gesamten Investitionsvolumens erhalten sollen. Damit wird begonnen, das „Langfristige Energieprogramm der UdSSR bis zum Jahr 2000“ zu realisieren, das im Frühjahr 1983 von den höchsten Partei- und Regierungsorganen gebilligt worden ist. Es räumt der Energiewirtschaft bis zum Ende dieses Jahrhunderts eine hohe wirtschaftspolitische Priorität ein und legt fest, daß bis 1990 20 bis 22 vH aller Investitionsmittel für diesen Bereich bereitgestellt werden sollen. Aufgaben sind, zur Substitution von Erdöl die Produktion anderer Energieträger zu forcieren, die heimische Wirtschaft auf den Einsatz dieser Energieträger umzustellen und generell energiesparende Techniken einzuführen. Ein Ziel aller dieser Maßnahmen ist es, die Position der UdSSR als Nettoenergieexporteur zu sichern.

¹ Tschernenko, der neue Generalsekretär der KPdSU, hat in seiner ersten Rede nach Amtsantritt die hohe Belastung der Wirtschaft durch Rüstungsausgaben hervorgehoben (ohne sie allerdings zu quantifizieren) und diese mit den Sicherheitsbedürfnissen der UdSSR gerechtfertigt (Pravda vom 3.3.1984).

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR
Jährliche Zunahme in vH

	1981	1982	1983		1984	1975/70 ¹⁾	1980/75 ¹⁾	1985/80 ¹⁾
			Plan	Ist	Plan			Plan
Bevölkerung	0,8	0,9	.	1,0	.	0,9	0,9	.
Beschäftigte ²⁾	1,3	1,1	0,4	0,8	.	1,9	1,9	.
Produziertes Nationaleinkommen	3,3	3,5-4,0	.	3,5-4,0	³⁾ 3,5-4,0	5,7	4,1	³⁾ 4,0
Arbeitsproduktivität	2,6	3,2	3,2	3,5	3,5	3,7	2,2	.
Bruttoproduktion in der Industrie	3,4	2,9	3,2	4,0	3,8	7,4	4,5	4,7
Produktionsgüter	3,3	2,9	3,1	3,9	3,7	7,9	4,7	4,6
Konsumgüter	3,5	3,9	3,5	4,3	4,0	6,4	3,8	4,7
Arbeitsproduktivität in der Industrie	2,7	1,9	2,9	3,5	3,4	6,0	3,2	4,2
Bruttoproduktion in der Landwirtschaft	-1,0	5,1	10,5	5,0	6,4	0,8	1,2	4,8
Verwendetes Nationaleinkommen ⁴⁾	3,2	3,2	3,3	3,1	3,1	5,1	3,8	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	3,8	3,2	5,0	3,9	6,9	3,4	1,7
Einzelhandelsumsatz	4,4	0,3	5,4	2,7	5,4	6,3	4,5	4,2
Durchschnittseinkommen ⁵⁾ der Arbeiter und Angestellten bzw. Genossenschaftsbauern	2,1	3,0	1,9	2,4	2,2	3,6	2,8	2,5
	3,0	5,8	2,1	7,0	3,0	4,2	5,2	3,7
Außenhandelsumsatz	4,1	8,1	.	³⁾ 5,5	³⁾ 10,0	7,7	5,3	⁶⁾ 7,0
Ausfuhr	0,4	6,3	.	³⁾ 6,0	.	4,9	4,8	.
Einfuhr	8,2	9,1	.	³⁾ 5,0	.	10,4	5,8	.
nachrichtlich: Terms of Trade ⁷⁾	4,9	5,8	.	³⁾ 0,5	.	1,3	5,4	.

Angaben für 1983 sind vorläufig.- 1) Im Jahresdurchschnitt.- 2) Ohne Genossenschaftsbauern.- 3) Geschätzt.- 4) Inlandsverwendung.- 5) Monatliche Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten bzw. monatliches Entgelt der Kolchosbauern.- 6) RGW-Länder.- 7) Index der Ausfuhrpreise in vH des Index der Einfuhrpreise.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR, diverse Jahrgänge; Planerfüllungsberichte bzw. Volkswirtschaftspläne.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat nach mehreren Jahren einer anhaltenden Stagnation wieder einen gewissen Aufschwung genommen. Der Durchbruch zu einer nachhaltigen Leistungssteigerung ist damit aber noch nicht gelungen. Die Bruttoproduktion stieg 1983 um 5 vH. Geplant waren allerdings 10,5 vH, wobei die Ausgangsbasis sehr niedrig war.

In dem 1982 verkündeten Nahrungsmittelprogramm der UdSSR, mit dem die Ernährungsstruktur für die sowjetische Bevölkerung bis 1990 durchgreifend verbessert werden soll, wird als Hauptproblem das Defizit an tierischem Eiweiß angesehen. Bei ausreichendem Kalorienverzehr haben Fleisch und Fleischerzeugnisse sowie Milch und Milcherzeugnisse in der Ernährung des „Normalverbrauchers“ in der Sowjetunion ein deutlich geringeres Gewicht als in anderen RGW-Staaten und — noch ausgeprägter — als in westlichen Industrieländern. Das Angebot an tierischen Produkten reicht wegen der schwachen Futterbasis der sowjetischen Wirtschaft nicht aus.

Die Bemühungen der sowjetischen Agrarplaner richten sich deshalb vor allem auf eine Steigerung der Futterproduktion. Die Anbaufläche von Futtermitteln soll durch eine weitere Umstrukturierung vergrößert werden. So sind die Flächenanteile für Brotgetreide (Weizen und Roggen) schon in den letzten 15 Jahren um ein Drittel reduziert worden, während die für Futtergetreide (Gerste und Hafer) entsprechend gestie-

gen sind. Eine weitere Ausdehnung der Anbaufläche für Gerste auf Kosten des Weizens wird empfohlen².

Die notwendigen Ertragssteigerungen sollen mit verbessertem Saatgut (auch aus Einfuhren) sowie mit vermehrtem Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatz erreicht werden. Außerdem ist vorgesehen, die Kooperation zwischen Landwirtschaft und den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen (Landmaschinenindustrie, Transportwesen, Lebensmittelindustrie, Lebensmittelhandel) zu intensivieren. Auch die Erhöhung der Aufkaufpreise für eine Reihe von Agrarerzeugnissen (am 1.1.1983) und die Einführung von (einstweilen regional begrenzten) Änderungen im Entlohnungssystem für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sollen einen stärkeren Leistungsanreiz geben. Allerdings waren die Ernteaussfälle der vorangegangenen Jahre so groß, daß die Ziele des Fünfjahresplans 1981 bis 1985 im Bereich der Landwirtschaft nicht mehr zu erreichen sind. Die Ernteaussichten für 1984 sind sogar wegen der Trockenheit im Frühjahr eher weniger günstig. Insofern ist auch das diesjährige Planziel bei der Produktion (+ 6,5 vH) kaum zu verwirklichen.

Einkommen, Verbrauch und Versorgung

Die Zunahme der Durchschnittseinkommen in der Sowjetunion hat langfristig eine fallende Tendenz

² Voprosy ekonomiki Nr. 5/1983, S. 82.

Landwirtschaftliche Produktion der UdSSR

Erzeugnis	Einheit	1982	1983	1971/75 ¹⁾	1976/80 ¹⁾		1981/85 ¹⁾
		Ist			Plan	Ist	Plan
Getreide	Mill.t	185,0 ²⁾	190-195 ²⁾	181,6	215 - 220	205,1	238 - 243
Kartoffeln	Mill.t	78,0	83,0	89,8	.	82,6	.
Gemüse	Mill.t	29,0	29,0	23,0	.	25,7	.
Baumwolle	Mill.t	9,3	9,2	7,7	8,5	9,0	9,2 - 9,3
Zuckerrüben	Mill.t	71,0	82,0	76,0	95 - 98	88,5	100 - 103
Fleisch ³⁾	Mill.t	15,2	16,0	14,0	15,0-15,6	14,9	17,0-17,5
Milch	Mill.t	90,2	96,4	87,4	94 - 96	92,6	97 - 99
Eier	Mrd.Stück	72,1	74,7	51,4	58 - 61	63,1	72
Wolle	1000 t	450,0	545,0	425,0	.	458,0	470 - 480

1) Im Jahresdurchschnitt.- 2) Schätzung.- 3) Schlachtgewicht.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR, diverse Jahrgänge; Planerfüllungsberichte bzw. Volkswirtschaftspläne.

(jahresdurchschnittlicher Zuwachs der Löhne und Gehälter):

1970/65 : 4,8 vH

1975/70 : 3,6 vH

1980/75 : 2,8 vH

Plan 1985/80 : 2,5 vH.

Mit der Drosselung der Einkommensexpansion versucht die Regierung, den starken Kaufkraftüberhang, der sich in wachsenden Spareinlagen und in (teilweise verdeckten) inflationären Erscheinungen manifestiert, in Grenzen zu halten. Bei diesem Bemühen gerät sie allerdings in Widerspruch zu ihrem Vorhaben, durch eine höhere Bezahlung die Leistungsbereitschaft in der Landwirtschaft zu vergrößern. Das ungewöhnlich hohe Wachstum der Einkommen bei den Kolchosbauern (7 vH im Jahre 1983, statt, wie geplant, 2,1 vH) geht wohl nicht zuletzt auf die — produktionssteigernd wirkende — Anhebung der staatlichen Aufkaufpreise zurück.

Mit dem Wachstum der Geldeinkommen der Bevölkerung schwächte sich auch die Zunahme des privaten Verbrauchs ab. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes — er ist Hauptindikator des privaten Verbrauchs — ging von 8,4 vH (1966/70) über 6,3 vH (1971/75) auf 4,5 vH (1976/80) zurück. Der gegenwärtige Fünfjahrplan sieht eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 4,2 vH vor, erreicht wurde in den ersten drei Jahren (1981 bis 1983) aber nur eine durchschnittliche Steigerung von 2,4 vH. 1984 soll der Einzelhandelsumsatz um 5,5 vH zunehmen. Dem Plankontext ist zu entnehmen, daß es sich um einen Zuwachs zu laufenden Preisen handelt; bei einer Preissteigerung von vermutlich 2 bis 3 vH errechnet sich eine reale Zunahme des Warenangebots um 2,5 bis 3 vH.

Der private Verbrauch hängt nicht nur vom Geldeinkommen der Bevölkerung ab, sondern auch vom Angebot an Konsumgütern, dessen Umfang, Sortiment und Qualität den Verbraucherwünschen häufig nicht entspricht.

Die Versorgungslage bei den Hauptverbrauchsgruppen Nahrungsmittel und industrielle Konsumgüter ist recht unterschiedlich:

- Nahrungsmittel, auf die rund die Hälfte aller Ausgaben der privaten Haushalte entfallen, sind das Hauptproblem der Versorgung. Dies gilt nicht für Brot und andere Getreideprodukte, wohl aber für tierische Produkte, Gemüse und Obst. Das Angebot weist (je nach dem Ernteergebnis) beträchtliche zeitliche und regionale Schwankungen auf, die nur teilweise durch Importe ausgeglichen werden.
- Industrielle Konsumgüter wie Kleidung, Schuhe, Haushaltsartikel werden in der Regel in ausreichender Menge hergestellt. Bestimmte hochwertige Güter, z.B. PKW und Möbel, sind indes immer noch Mangelware, auf die man lange warten muß. Allerdings ist der Grundbedarf an Bekleidung und Gütern der Haushaltsausstattung inzwischen längst gesättigt. Die Nachfrage richtet sich nun auf Qualitätswaren aus hochwertigem Material, in modischer Form und in technisch vollendeter Ausführung. Hiervon wird im Inland viel zu wenig produziert. Importwaren aus westlichen Ländern, aber auch aus den industriell höher entwickelten RGW-Staaten (DDR, CSSR und Ungarn) werden von sowjetischen Verbrauchern deutlich bevorzugt, sie sind meistens sehr schnell ausverkauft, während sich minderwertige heimische Produkte in den Regalen stauen und die Läger verstopfen. Hier kommt es nicht, wie bei den Nahrungsmitteln, auf eine generelle Ausweitung der Produktion an, sondern auf eine Anpassung an den veränderten Bedarf. Die Wirtschaftsplaner stehen vor der Aufgabe, die Betriebe zur Produktion hochwertiger Güter, zur Übernahme technischer Neuerungen und zur Anpassung an modische Trends anzuspornen.

Die Probleme im Zusammenhang mit der Steigerung des Lebensstandards gaben den Anstoß, nun auch für die Versorgung mit industriellen Konsumgü-

Entwicklung des sowjetischen Außenhandels¹

Länder bzw. Ländergruppen	1983	1975/70 ²⁾	1980/75 ³⁾	1982	1983	1971/75	1976/80	1982	1983
	Mrd. TRbl 4)	Zunahme gegenüber Vorjahr in vH				Struktur in vH			
						Ausfuhr			
Alle Länder	67,9	15,8	15,6	10,6	7,5	—100—			
Sozialistische Länder ⁵⁾	37,7	14,1	13,1	9,4	10,5	59,7	56,8	53,9	55,6
RGW-Länder ⁶⁾	34,5	14,3	12,7	9,1	10,6	54,2	52,0	49,3	50,7
Bulgarien	5,5	19,6	12,2	11,7	12,8	8,0	8,0	7,7	8,1
CSSR	5,9	13,3	12,5	15,2	16,3	8,6	7,9	8,0	8,6
DDR	6,6	11,4	10,3	16,2	5,9	12,1	10,6	10,2	10,0
Polen	5,3	15,0	12,5	-2,4	9,6	9,7	9,3	7,6	7,8
Rumänien	1,6	9,5	14,0	-20,0	15,2	3,1	2,7	2,3	2,4
Ungarn	4,1	16,9	12,5	12,1	9,5	6,5	6,3	5,9	6,0
OECD-Länder	19,8	22,8	21,3	8,2	4,0	25,0	28,8	30,1	29,1
EG-Länder	13,7	22,3	25,8	12,2	3,2	13,4	17,7	21,1	20,2
Bundesrepublik Deutschland	4,1	32,0	27,3	11,8	0,0	3,3	4,9	6,4	6,0
Frankreich	2,4	31,5	35,2	-11,8	8,7	1,8	3,2	3,5	3,6
Italien	3,0	27,4	26,9	13,6	6,3	2,3	3,5	4,6	4,4
Großbritannien	1,2	7,2	7,8	26,0	45,8	3,0	2,4	1,3	1,7
Finnland	2,5	28,9	17,1	12,7	-3,8	3,4	3,5	4,1	3,7
Österreich	0,6	26,7	21,5	-21,0	-16,1	1,1	1,1	1,1	0,8
Japan	0,8	14,4	7,3	-7,4	9,0	3,4	2,2	1,2	1,2
USA	0,3	18,8	2,0	-15,6	113,5	0,7	0,6	0,2	0,5
Entwicklungsländer ⁷⁾	10,4	16,5	14,9	17,4	3,9	15,3	14,4	16,0	15,3
						Einfuhr			
Alle Länder	59,6	20,3	10,8	7,2	5,6	—100—			
Sozialistische Länder ⁵⁾	33,7	15,2	11,1	15,2	9,3	57,7	55,5	54,6	56,5
RGW-Länder ⁶⁾	30,8	14,7	10,7	16,6	11,8	53,5	51,1	48,8	51,7
Bulgarien	5,1	14,7	12,2	16,0	17,8	8,2	8,1	7,6	8,5
CSSR	5,4	11,3	13,3	15,3	14,5	8,6	8,2	8,4	9,1
DDR	6,6	11,2	10,4	12,1	14,2	12,5	10,1	10,2	11,1
Polen	4,8	16,2	8,4	27,2	16,8	9,9	9,2	7,3	8,0
Rumänien	1,7	11,7	11,8	0,6	-1,1	3,7	3,0	3,0	2,8
Ungarn	4,0	17,5	11,3	13,5	7,0	6,6	6,4	6,6	6,7
OECD-Länder	18,8	30,6	10,2	4,1	-1,0	31,2	35,2	33,7	31,5
EG-Länder	8,6	27,7	10,6	-2,2	16,5	14,6	15,7	13,0	14,4
Bundesrepublik Deutschland	3,4	41,9	8,9	7,8	15,3	6,0	6,5	5,2	5,6
Frankreich	1,7	22,8	13,5	-23,9	36,4	2,8	3,1	2,2	2,9
Italien	1,4	22,9	3,4	22,0	17,5	2,5	2,5	2,2	2,4
Großbritannien	0,6	10,5	21,0	-12,4	-16,0	1,3	1,8	1,3	1,1
Finnland	2,7	25,2	17,4	2,7	-3,9	2,7	3,6	5,0	4,5
Österreich	0,8	20,9	11,8	5,5	-13,6	1,0	0,8	0,9	1,3
Japan	2,2	32,2	-1,5	32,2	-25,4	3,7	4,6	5,2	3,7
USA	1,6	70,0	7,2	24,7	-24,2	4,3	4,9	3,7	2,6
Entwicklungsländer ⁷⁾	7,1	25,7	11,0	13,8	7,4	11,1	9,4	11,7	11,9

1) fob-Werte zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen.- 2) Im Jahresdurchschnitt: 1975 gegenüber Basisjahr 1970.- 3) Im Jahresdurchschnitt: 1980 gegenüber Basisjahr 1975.- 4) Transfer-Rubel (TRbl) 1983 = 1,35 US-\$.- 5) RGW-Länder und VR China, Jugoslawien, Nordkorea, Vietnam (ab 1976 zum RGW gerechnet).- 6) Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn, Vietnam (ab 1976).- 7) Gruppenausweis.

Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR, diverse Jahrgänge; Beilage zur Zeitschrift - Außenhandel -, 3/1984.

tern ein langfristiges Programm aufzustellen. Am 23.3.1984 trat unter Vorsitz des Politbüromitglieds Aliev eine Kommission zusammen, die ein „Komplexprogramm für die Entwicklung der Konsumgüterproduktion und die Verbesserung des Dienstleistungssystems für die Jahre 1986-1990“ ausarbeiten soll³. Ziel des Programms ist die Koordinierung aller Wirtschaftsbereiche und Institutionen, die direkt oder indirekt zur Erweiterung, Diversifizierung und Qualitätsverbesserung des Konsumgüterangebots beitragen können. Die Kommission soll außerdem Wege zeigen, wie die Produktion auf Änderungen der Verbrauchernachfrage „operativ reagieren“, d.h. sich bei grundsätzlich verbindlichen Planaufgaben flexibel den wechselnden Marktbedingungen anpassen kann.

Außenwirtschaft

Die sowjetische Warenausfuhr erreichte 1983 einen Wert von 68 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl)⁴, das sind 7,5 vH mehr als im Vorjahr. Importiert wurden Waren im Wert von 59,5 Mrd. TRbl (+ 5,5 vH). Sowohl bei der Ausfuhr als auch bei der Einfuhr war die Zunahme im Handel mit den sozialistischen Partnerländern höher als mit der übrigen Welt.

In realer Rechnung, d.h. nach Abzug der — grob geschätzten — Preissteigerungen, zeigt sich indes ein anderes Bild. Im Handel mit den sozialistischen Ländern haben sich die realen Austauschverhältnisse wiederum zugunsten der UdSSR verschoben (geschätzt: + 4,5 vH). Der hohen nominalen Steigerung der Exporte entsprach eine reale Stagnation. Demgegenüber haben sich im Handel mit der nicht-sozialistischen Welt die Terms of Trade der UdSSR verschlechtert (geschätzt: -3 vH). Die reale Exportsteigerung belief sich auf 10 bis 13 vH. Auch die reale Einfuhr aus diesem Raum wuchs mit 6 bis 7 vH schneller als die aus den sozialistischen Ländern (+ 3,5 vH).

Der Anteil der Energieträger am Wert der sowjetischen Ausfuhr hat 1983 noch zugenommen: 53,5 vH aller exportierten Waren zählten zur Warengruppe „Brennstoffe und Energie“ nach 52 vH im Vorjahr. Am Export in die westlichen Industrieländer waren die Energieträger sogar mit über drei Vierteln beteiligt. Nach Angaben der OECD hat die UdSSR im vergangenen Jahr 77 Mill. t Mineralöl an die westlichen Industrieländer verkauft (+ 11,5 vH), teilweise handelte es sich dabei allerdings um reexportiertes Erdöl aus OPEC-Quellen. Nur 12,5 vH der Gesamtexporte entfielen auf die Position „Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel“ (Investitionsgüter), 4 vH mehr als 1982. Hiervon entfielen auf die sozialistischen Länder 72 vH, die Dritte Welt 24 vH und die OECD-Länder 4 vH. Die Exportschwäche der verarbeitenden Industrie der UdSSR auf westlichen Märkten ist nach wie vor eklatant.

Die sowjetischen Importe von Investitionsgütern erhöhten sich wertmäßig um 17 vH, ihr Anteil am Gesamtimport stieg um 4 Punkte auf über 38 Prozent. Zwei Drittel dieser Güter wurden in den RGW-Ländern gekauft. Überdurchschnittlich expandierten die Ausrüstungsimporte für die Energiewirtschaft (+ 32 vH), für die Nahrungsmittelindustrie (+ 27 vH) und für die Metallbearbeitung (+ 22 vH). Der Anteil der Agrar- und Ernährungsgüter an den Gesamtimporten ist um drei Punkte auf rund ein Fünftel gesunken. Westliche Agrarexperten rechnen für das Wirtschaftsjahr 1983/84 (Juli bis Juni) mit sowjetischen Getreideimporten aus dem Westen von etwa 30 Mill. t (1982/1983: 37 Mill. t, 1981/1982: 46 Mill. t, 1980/1981: 34 Mill. t). Die Einfuhren aus den traditionellen Getreidelieferländern sind 1983 drastisch zurückgegangen (USA: -24 vH, Kanada: -7 vH, Australien: -21 vH, Thailand: -58 vH). Die sowjetische Zahlungsbilanz ist dadurch entlastet worden.

Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahr mit über 8 Mrd. TRbl einen Exportüberschuß in Rekordhöhe erzielt. Fast die Hälfte davon wurde im Handel mit den sozialistischen Ländern erwirtschaftet. Der sowjetische RGW-Handel ist seit Mitte der siebziger Jahre durch einen hohen Überschuß gekennzeichnet. In den Jahren 1976 bis 1983 hat die UdSSR in die übrigen RGW-Staaten insgesamt für 20,5 Mrd. TRbl mehr Waren geliefert als von dort bezogen; dieser Betrag entspricht zwei Dritteln der sowjetischen RGW-Einfuhr des Jahres 1983. Der kumulierte Überschuß, bei dem es sich anscheinend größtenteils um sowjetische Warenkredite handelt (der Zahlungsumfang im Intra-RGW-Verkehr ist im Westen nicht bekannt⁵), verteilt sich auf die einzelnen Mitgliedsländer wie folgt (in Mrd. TRbl):

Polen:	4,3	Bulgarien:	2,5
Mongolei:	3,9	CSSR:	1,6
DDR:	3,4	Kuba:	1,5
Vietnam:	2,9	Ungarn:	0,7

Nur die sowjetische Handelsbilanz gegenüber Rumänien weist einen kumulierten Fehlbetrag auf (345 Mill. TRbl). Rumänien hatte als einziges RGW-Land — aus politischen Gründen — in der Vergangenheit auf den Bezug (preisgünstiger) Rohstoffe aus der UdSSR verzichtet.

Wegen der Lücken in der sowjetischen Außenhandelsstatistik läßt sich nicht beurteilen, ob der Export-

³ Socialisticskaja industrija vom 25.3.1984.

⁴ Der TRbl ist die gemeinsame — künstliche — Außenwährungseinheit der RGW-Mitgliedsländer. Die rechnerische Parität betrug im Durchschnitt des vergangenen Jahres 1,35 US-\$.
⁵ Seit Mitte der siebziger Jahre wird ein — nicht genau bekannter — Teil des sowjetischen RGW-Handels auf der Basis harter Währungen abgewickelt.

Entwicklung der sowjetischen Handelsbilanz

Länder bzw. Ländergruppen	1971/75 ¹⁾	1976/80 ¹⁾	1982	1983	1971/75 ¹⁾	1976/80 ¹⁾	1982	1983
	Saldo ²⁾ in Mrd. TRbl ³⁾				Ausfuhr in vH der Einfuhr			
Alle Länder	+0,15	+12,15	+6,75	+8,30	100,2	106,9	112,0	113,9
Sozialistische Länder	+1,82	+9,25	+3,26	+4,03	103,7	109,4	110,6	111,9
RGW-Länder	+0,63	+7,87	+3,60	+3,64	101,4	108,7	113,1	125,1
Bulgarien	-0,11	+0,76	+0,60	+0,46	98,4	105,3	113,9	109,1
CSSR	-0,04	+0,58	+0,32	+0,45	99,5	104,0	106,7	108,3
DDR	-0,28	+2,15	+0,64	+0,20	97,4	112,1	111,1	103,1
Polen	-0,10	+1,37	+0,72	+0,49	98,8	108,4	117,5	110,2
Rumänien	-0,44	-0,17	-0,26	-0,03	86,0	96,8	84,6	98,5
Ungarn	-0,06	+0,68	-0,04	+0,05	99,0	105,9	98,9	101,3
OECD-Länder	-5,26	-7,71	+0,01	+0,96	80,3	87,6	100,1	105,1
EG-Länder	-0,98	+5,65	+5,96	+5,17	92,2	120,4	181,0	160,3
Bundesrepublik Deutschland	-2,31	-2,23	+1,15	+0,71	55,0	80,7	139,6	121,0
Frankreich	-0,87	+0,59	+0,96	+0,69	64,1	110,8	175,8	140,2
Italien	-0,12	+2,25	+1,00	+1,56	94,2	150,8	230,8	208,8
Großbritannien	+1,47	+1,35	+0,60	+0,55	230,1	141,5	108,0	187,5
Finnland	+0,54	+0,24	-0,22	-0,21	123,0	103,7	92,2	92,3
Österreich	+0,01	+0,53	+0,14	-0,22	100,9	135,5	126,0	71,9
Japan	-0,24	-3,94	-2,17	-1,35	92,5	51,8	25,9	37,9
USA	-3,06	-7,48	-1,92	-1,24	16,0	14,1	7,5	21,1
Entwicklungsländer ⁴⁾	+3,59	+10,61	+3,48	+3,31	137,6	164,2	151,9	146,7

1) Kumulierte Werte.- 2) + = Überschuß; - = Defizit.- 3) 1 Transfer-Rubel (TRbl) = 1971: 1,11 US-\$, 1972: 1,21 US-\$, 1973: 1,34 US-\$, 1974: 1,32 US-\$, 1975: 1,39 US-\$, 1976: 1,33 US-\$, 1977: 1,36 US-\$, 1978: 1,47 US-\$, 1979 und 1980: 1,53 US-\$, 1981: 1,39 US-\$, 1982: 1,38 US-\$ und 1983: 1,35 US-\$.- 4) Gruppenausweis.

Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR, diverse Jahrgänge; Beilage zur Zeitschrift - Außenhandel -, 3/1984.

überschuß gegenüber der Dritten Welt (umgerechnet 4,5 Mrd. US-\$) tatsächlich mit der Einnahme von Devisen identisch war oder ob es sich dabei größtenteils um kreditfinanzierte Warenlieferungen einschließlich Waffen handelte.

Der sowjetische OECD-Handel wird — allerdings nicht im Falle Finnlands — auf der Grundlage konvertibler Währung durchgeführt. Der 1983 erzielte Ausfuhrüberschuß von 1,3 Mrd. US-\$ ist das beste Ergebnis, das die UdSSR je zu verzeichnen hatte. Hier hat die Sowjetunion ihre Zahlungsbilanz deutlich verbessert. Die UdSSR hat darüber hinaus im vergangenen Jahr im Westen 56 t Gold verkauft und dafür (schätzungsweise) 760 Mill. US-\$ erlöst. Sie hat ihre Verbindlichkeiten bei den Banken, die über ihre Geschäfte an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berichten, um 380 Mill. US-\$ verringert und gleichzeitig ihre entsprechenden Forderungen um 660 Mill. US-\$ erhöht; damit ist ihre Nettoverschuldung dort auf 5,2 Mrd. US-\$ gesunken⁶. Westliche Quellen schätzen die gesamte Nettoverschuldung der UdSSR in harter Währung per 31.12.1983 auf 7,2 Mrd. bis 9,1 Mrd. US-\$ und den Abbau der Schuldenhöhe im vergangenen Jahr auf 0,9 Mrd. bis 3,5 Mrd. US-\$ — ein Hinweis auf die hohe Unsicherheit bei Schätzungen dieser Art. Es steht indes außer Frage, daß die UdSSR von westlichen Geschäftsbanken als Schuldner bester Bonität angesehen wird⁷.

Der Plan für 1984 sieht eine weitere Zunahme des Außenhandelsumsatzes vor, so daß „im Ergebnis das

jahresdurchschnittliche Wachstumstempo der außenwirtschaftlichen Beziehungen für die ersten vier Jahre des laufenden Planjahrfünfts ca. 7 Prozent betragen wird, verglichen mit dem Ansatz des Fünfjahresplans für diese Jahre von 4 Prozent“. Daraus errechnet sich für 1984 ein reales Wachstum von Ausfuhr und Einfuhr zusammengenommen von 10 vH. Die Grundkonstellation des Planes läßt den Schluß zu, daß auch in diesem Jahr mit einem hohen Ausfuhrüberschuß gerechnet wird.

Die Beschlüsse des in der vergangenen Woche beendeten RGW-Wirtschaftsgipfels⁸ werden die Außenwirtschaft der Sowjetunion in den nächsten Jahren maßgeblich beeinflussen. Bereits 1985 soll der RGW-Intrablockhandel über das ursprünglich geplante Volumen hinaus ausgeweitet werden. Auch mittel-

⁶ Dieses Ergebnis ist — in unbekanntem Ausmaß — von Bewertungsänderungen aufgrund der Aufwertung des US-\$ beeinflusst.

⁷ Die Sowjetunion hat im Frühjahr dieses Jahres auf dem Eurogeldmarkt einen Kredit von 250 Mill. US-\$ aufgenommen. Das Bankenkonsortium, zum erstenmal ohne Beteiligung amerikanischer Banken, war bereit, bis zu 300 Mill. US-\$ zu gewähren.

⁸ „Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ‚Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit‘“ und „Erklärung über die Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung und Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW“ (Neues Deutschland vom 16./17. Juni 1984).

fristig sind intensivere Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten vorgesehen. Die osteuropäischen RGW-Staaten müssen zur Sicherung ihres Rohstoff- und Energieimports mehr „Nahrungsmittel und industrielle Konsumgüter, einige Arten von Konstruktionsmaterialien, Maschinen und Ausrüstungen hoher Qualität und mit technischem Weltniveau“ in die Sowjetunion liefern. Der sowjetische Exportüberschuß gegenüber diesen Ländern soll offenbar allmählich abgebaut werden; der sowjetische Markt wird gleichzeitig für diese Länder anspruchsvoller und schwieriger. Die Entwicklungsländer der Gemeinschaft — Kuba, Mongolei, Vietnam — sollen weiterhin ökonomisch unterstützt werden.

Der Grundcharakter der RGW-Zusammenarbeit wird dabei nicht geändert. Die Plankoordinierung bleibt Hauptinstrument der Abstimmung der Wirtschaftspolitik, das Prinzip der Interessiertheit behält seine Bedeutung — beides sichert bei unverändertem Mechanismus der Willensbildung den Vorrang nationaler vor gemeinschaftlichen Interessen. Die zentrale Mengenplanung bleibt ein wichtigeres Instrument der Integration als die Währungspolitik. Sowjetische Be-

strebungen zur „Annäherung der Strukturen der Wirtschaftsmechanismen“ wurden offensichtlich vertagt. Gemeinschaftliche Preisbeschlüsse konnten nicht gefaßt werden.

Die UdSSR und die übrigen Teilnehmerstaaten erklärten nachdrücklich, daß sie — aus wirtschaftlichem und politischem Interesse — intensiv an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung teilnehmen und — im Rahmen ihrer Möglichkeiten — zur „Gesundung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft“ beitragen wollen. Dabei sollen auch die „Möglichkeiten für die Entwicklung der kommerziellen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten sowie deren Betrieben und Firmen“ genutzt und ein „diesbezügliches Abkommen zwischen RGW und EWG“ abgeschlossen werden. Die NATO-Staaten und insbesondere die EG sollten sich offen zeigen und prüfen, wie ernst es die RGW-Staaten damit meinen. Denn es dürfte im ökonomischen und politischen Interesse des Westens liegen, daß sich die RGW-Staaten an der Lösung der internationalen Wirtschaftsprobleme beteiligen und in den internationalen Währungs- und Wirtschaftsorganisationen mitarbeiten.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,—.
- Heft 62 **Berechnung des industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,—.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Hölsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage — Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980.** Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Methode zur Umgruppierung vorhandener Datenbestände von der älteren Systematik der UN (SITC, Revised) auf die neue Systematik (SITC, Revision 2). Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigungen und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 — 1981. Von Kurt Hornschild. 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik —.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 333 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann, Dr. Bernhard Seidel

Statt Subventionsabbau neue Hilfen für die Landwirtschaft. Bearbeitet von Peter Hrubesch. —

Zur Lage der sowjetischen Wirtschaft 1983/1984. Bearbeitet von Heinrich Machowski, Maria Elisabeth Ruban. —

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am Freitag, dem 6.7.1984, als Nummer 26-27/84 —